



Landkreis Trier-Saarburg

# Konzept zur Erarbeitung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge Landkreis Trier-Saarburg



Trier, 12. September 2011

# Konzept zur Erarbeitung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge Landkreis Trier-Saarburg

|        |  |    |
|--------|--|----|
| 1.     | Forschungsansatz und Forschungsleitfragen.....   | 3  |
| 1.1.   | Allgemeines Ziel .....   | 3  |
| 1.2.   | Wissenschaftliches Ziel.....   | 4  |
| 1.3.   | Technisches Ziel.....  | 6  |
| 2.     | Betroffenheit und Themenbündel.....  | 6  |
| 2.1.   | Beschreibung des Kooperationsraums.....  | 6  |
| 2.2.   | Demographiebetroffenheit von Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge .....  | 8  |
| 3.     | Einbindung Akteure und Institutionen.....  | 10 |
| 3.1.   | Organisatorische Vorkehrungen.....   | 10 |
| 3.2.   | Arbeitsgruppen und Netzwerkmanagement .....  | 12 |
| 4.     | Schaffung einer Diskussionsgrundlage (Daten, Analysen).....  | 15 |
| 4.1.   | Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Ist-Ausstattung .....  | 15 |
| 4.2.   | Kleinräumige Bevölkerungsprognose.....   | 15 |
| 4.3.   | Aufbau eines Erreichbarkeitsmodells .....  | 15 |
| 4.4.   | Qualitative Bedarfsanalyse .....   | 16 |
| 5.     | Infrastrukturen und Anpassungsstrategien.....  | 16 |
| 5.1.   | Entwicklung alternativer infrastruktureller Anpassungsstrategien .....   | 16 |
| 5.2.   | Leitziele und Schwerpunktthemen des Landkreises Trier-Saarburg.....  | 18 |
| 5.2.1. | Systematische Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements .....   | 18 |
| 5.2.2. | Akzentuierung des Schwerpunkts „Familienfreundlicher Landkreis Trier-Saarburg“ .....   | 19 |
| 5.2.3. | Erhalten einer flächendeckend gleichwertigen Versorgung trotz heterogener Teilräume durch teilraumspezifische Lösungsansätze ..... | 20 |
| 5.3.   | Szenarien: Vergleich alternativer Anpassungsstrategien, Auswahl geeigneter Ansätze, Maßnahmenplan .....                            | 22 |
| 6.     | Umsetzung und Beschlüsse .....   | 23 |
| 6.1.   | Umsetzungskonzept .....  | 23 |
| 6.2.   | Beschluss der Regionalstrategie Daseinsvorsorge .....  | 23 |
| 7.     | Organisation .....   | 24 |
| 7.1.   | Entscheidungsstrukturen .....  | 24 |
| 7.1.1. | Geschäftsstelle/ Regionalkoordination .....  | 24 |
| 7.1.2. | Lenkungsgruppe .....   | 25 |
| 7.1.3. | Externe Begleitung - Beirat .....  | 25 |
| 7.1.4. | Forschungsassistenz, Berichtswesen.....  | 25 |
| 7.2.   | Externe Gutachten.....   | 26 |
| 7.3.   | Datenmanagement .....  | 26 |
| 8.     | Ablauf-, Zeit- und Finanzierungsplan .....   | 27 |
| 8.1.   | Balkenplan.....  | 27 |
| 8.2.   | Finanzierungsplan incl. Eigenleistungen .....  | 28 |
|        | Anhang.....  | 29 |

# 1. Forschungsansatz und Forschungsleitfragen

## 1.1. Allgemeines Ziel

Der Landkreis Trier-Saarburg bietet als klar abgegrenzte administrative Einheit in Kombination mit der entsprechenden formalen Umsetzungszuständigkeit eine hervorragende Kulisse für die Entwicklung einer regionalen Strategie zur Daseinsvorsorge. Den Auswirkungen des demographischen Wandels in Zeiten zunehmender Finanzknappheit in den Kommunen will der Landkreis sich stellen und formulierte auf einem Vorbereitungsworkshop folgende strategische Ziele, die im Rahmen des MORO verfolgt werden sollen:

- ▶ Die Qualität der Daseinsvorsorge im gesamten Landkreis ist zu erhalten und möglichst zu verbessern. Grundinfrastrukturen sind zu sichern und wohnortnahe Angebote zu fördern
- ▶ Teilraumspezifische Bedürfnisse sind angesichts der Lage des Landkreises und den sich daraus ergebenden Chancen im europäischen Kontext bei der Entwicklung der Regionalstrategie zu berücksichtigen (periphere Bereiche, Stadt-Umland, Grenzraum zu Luxemburg und zum Saarland, ...)
- ▶ Für die politische und sachliche Umsetzung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge soll die integrative Problembetrachtung in vorhandene sachliche und politische Entscheidungsstrukturen eingebunden werden und den Anforderungen und Zuständigkeiten der regionalen Akteure und der Fachabteilungen der Kreisverwaltung entsprechen

Ziel ist es bei der Erarbeitung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge – bei Anerkennung der Notwendigkeit der wissenschaftlichen und organisatorischen Einbettung – die praktischen Handlungsschritte und konkrete Lösungsmöglichkeiten für die Regionale Daseinsvorsorge in den Vordergrund zu stellen. Nur so kann der unvermeidbare Mehraufwand für alle Beteiligten dauerhaft zu einem Erfolg führen und die Daseinsvorsorge gesichert werden.

Erreicht werden soll dies durch eine deutlich engere Verzahnung der sektoralen Fachplanungen, Einbezug aller relevanten Akteure auch über die Kreisverwaltung hinaus und Überführung in eine „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“.

Vorhandene Stärken der Region, die in verschiedenen Umfragen, aber auch konkreten Projekten zum Ausdruck kamen, sollen die Basis für eine individuelle Strategie des Landkreises Trier-Saarburg bilden.

## Qualitäten

- ▶ Hohe Qualität der Daseinsvorsorge
- ▶ Guter sozialer Zusammenhalt und Integrationskraft
- ▶ Hohe politische und sachliche Umsetzungskompetenz

## Leitziele

- ▶ Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- ▶ Familienfreundlichkeit für alle Altersgruppen
- ▶ soziale Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen
- ▶ Teilraumspezifisches, gleichwertiges Angebot

**Abbildung 1: Stärken und Leitziele**

Die Ergebnisse sollen wesentlich dazu beitragen, trotz zu erwartender auch unbequemer Anpassungen bei Infrastruktureinrichtungen und -vorhaltungen den Nutzern und der Bevölkerung eigene Handlungsspielräume und mögliche neue Wege adäquat zu vermitteln. Dabei kann im Landkreis jedoch auf die bestehenden Grundstrukturen und vielen guten Beispiele des ehrenamtlichen Engagements aufgebaut werden. Um dieses bürgerschaftliche Engagement weiter zu fördern und nutzbar zu machen, soll hierfür weiter geworben und die Bürger durch den Landkreis dabei aktiv unterstützt werden.

Aufbauend auf vielen bereits vorliegenden internen Studien und Projekten, unter anderem zu den Themen Schulen, Jugend und Freizeit, Kindertagesstätten, Gesundheit, Bildung und ÖPNV, soll eine ganzheitliche Sicht auf die durch die demographische Entwicklung bedingten zahlreichen Problemstellungen gefunden werden, die schon heute in den lokalen Medien thematisiert, aber bislang überwiegend sektoral diskutiert werden.

### **1.2. Wissenschaftliches Ziel**

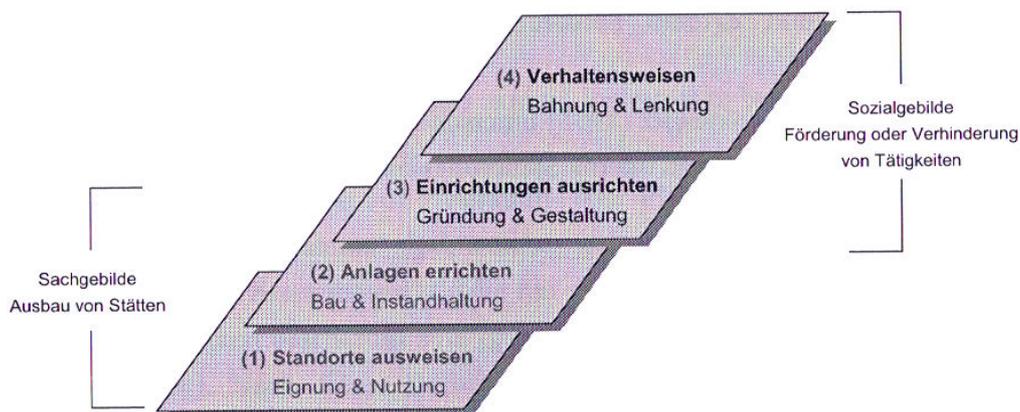
Basierend auf den o.g. Leitzielen und den Anforderungen des Auslobers ergeben sich mehrere zu verfolgende Forschungsansätze, die im weiteren Verlauf erläutert werden:

- ▶ Wie kann Planung verstärkt steuern?
- ▶ Wie kann eine passende Akteursaktivierung und -einbindung erfolgen?
- ▶ Wie kann eine Regionalstrategie kommuniziert und in entscheidungsrelevanten Gremien verankert werden?

Prof. Heidemann von der Universität Karlsruhe verfolgte den Leitsatz, dass „Planung insbesondere der Umgang mit Vermutung und Gerüchten“<sup>1</sup> sei. Zwischenzeitlich lässt sich eine Langfristplanung angesichts der Notwendigkeit kurzfristiger politischer Entscheidungen in

<sup>1</sup> Claus Heidemann (1985): Langfristprognosen. Zahlenspielererei oder Hilfsmittel für die Planung? in: Daimler-Benz Aktiengesellschaft (Hg.): Düsseldorf (VDI-Verlag), pp. 47-62

bestimmten Bereichen kaum mehr etablieren. Zum Teil kann nur noch vermutet werden, ob bspw. in der Kindertagesstättenplanung die aktuelle Regelung bzgl. Rechtsanspruchs auch in den kommenden Jahren noch ausgeweitet wird. Umso deutlicher soll im Rahmen dieses MOROs der Satz von Perikles verfolgt werden, dass es nicht darum geht, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein. Frühere Projekte haben gezeigt, dass es dabei aber auch den Ansatz von Prof. Maurer der ETH Zürich zu berücksichtigen gilt: „Das Wichtigste in der Planung steht häufig nicht geschrieben“<sup>2</sup>. Die vom Auslober geforderte diskursive Herangehensweise unterstreicht diese These. Entsprechende Voruntersuchungen zum Thema, auf denen aufgebaut werden soll, erfolgten beispielsweise im Rahmen der BMBF-Forschungsinitiative „REFINA - Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“. Dort wurde die Frage untersucht nach einer besseren Steuerung durch Planung auf Basis des Vier-Schichten-Modells von Prof. Schönwandt vom Institut für Grundlagen der Planung der Universität Stuttgart.



Quelle: Jung 2008: Instrumente der räumlichen Planung

## Abbildung 2: Eingriffsweisen der räumlichen Planung

Neben der beiden Schichten der „klassischen“ Planung mit Plan-Erstellung und Ausweisen von Einrichtungen sieht Schönwandt eine zunehmende Notwendigkeit der Betrachtung der beiden oberen Ebenen, in denen es darum geht herauszufinden, welche Akteure sich in dem Kontext wie bewegen und welche Einflussmöglichkeiten sich ergeben. Umso mehr, als Untersuchungen zeigen, dass Planung zunehmend als nicht mehr politikrelevant betrachtet wird und die Akzeptanz in der Bevölkerung abnehmende Tendenz aufweist. Dies setzt beispielsweise voraus, zu wissen welche Qualitätsstandards von den Nutzern erwartet werden, ob und wie diese finanziert werden können und welche Abhängigkeiten zu anderen Themenbereichen sich ergeben, um die Ergebnisse in die politische Arbeit und in die von Heidemann so bezeichnete „Alltagswelt“ der Bürger zu kommunizieren.

<sup>2</sup> Maurer, J. 1995: Maximen für Planer - Zürich, VdF ORL-Schriften; 47.

### **1.3. Technisches Ziel**

Auf technischer Ebene sollen drei Ziele verfolgt werden:

- ▣ Wie kann GIS-basiert eine engere Verzahnung der sektoralen Planungen erreicht und unterstützt werden?
- ▣ Welche Tragfähigkeitsmodelle sind für die Fragestellung geeignet?
- ▣ Wie kann der Einsatz neuer Medien zur Verbesserung der Akzeptanz von Angebotsänderungen, aber zugleich auch zur Generierung neuer Angebote beitragen?

Bei der Frage des GIS-Einsatzes soll untersucht werden, welche Form der Datenerhebung/Datenzusammenführung und welche Datenvorhaltung zum Einsatz kommen soll, um einerseits Datenfriedhöfe zu vermeiden und andererseits eine hohe Akzeptanz zur (Weiter-)Pfleger der Daten bei den betreffenden Stellen zu erreichen. Die aufbereiteten Daten können so die Basis für die Entwicklung und den Einsatz von regelmäßig aktualisierbaren Tragfähigkeitsmodellen für Infrastruktureinrichtungen bilden. Hierzu sollen bspw. erprobte Schwellenwertansätze für Infrastruktureinrichtungen (Threshold-Analysis, mit wichtigen Aussagen zur Auslastung), Finanzmodelle (im Hinblick auf die Finanzierbarkeit) und Life-Cycle-Management (als neueres Modell, das auch Alternativnutzungen mitberücksichtigt) im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeit bei den betroffenen Akteuren näher untersucht werden. Für die erreichten Ergebnisse werden Kommunikationsstrategien zum Transport der Ergebnisse entwickelt, sowohl innerhalb der Verwaltung und der Kreisgremien als auch zu weiteren Akteuren und der Bevölkerung. Es ist darzustellen, inwiefern neue Medien (gemeinsames Web-Portal, Onlinefortbildung, automatisierte Newsletter) diesen Prozess unterstützen können.

## **2. Betroffenheit und Themenbündel**

### **2.1. Beschreibung des Kooperationsraums**

Der Landkreis Trier-Saarburg als Bewerberregion besitzt durch seine administrative Abgrenzung einen klar definierten Ansprechpartner, der eine formale Zuständigkeit auch in der Umsetzung besitzt. Die 103 selbständigen Gemeinden mit ihren 160 Orten im Landkreis sind in den sieben Verbandsgemeinden Hermeskeil, Kell am See, Konz, Ruwer, Saarburg, Schweich und Trier-Land organisiert. Die zentralörtliche Struktur im Landkreis (141.481 EW) wird durch die Mittelzentren Hermeskeil (Verbandsgemeinde 14.616 EW, Stadt 5.791 EW), Saarburg (Verbandsgemeinde 21.656 EW, Stadt 6.540 EW), Konz (Verbandsgemeinde 31.144 EW, Stadt 18.064 EW) sowie die Unter-/ Kleinzentren Schweich, Kell am See, Zerf, Waldrach und Wincheringen gebildet. Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsplans Region Trier sollen weitere Grundzentren ausgewiesen werden: Reinsfeld, Nittel (in Funktionsteilung mit Wincheringen), Osburg (in Funktionsteilung mit Waldrach), Leiwen, Föhren (in Funktionsteilung mit Hetzerath) und Trierweiler (in Funktionsteilung mit

Welschbillig). In Bezug auf das Aktionsprogramm bietet sich die Chance, durch ein integriertes, langfristig tragbares Strukturkonzept ein Geflecht zur gleichwertigen Versorgung in allen Teilen des Landkreises, ausgerichtet an zentralen Orten und unter dem Gesichtspunkt einer wohnortnahen Erreichbarkeit zu erarbeiten und zu etablieren.

Die Planungsgemeinschaft Region Trier (PLG Region Trier) ist als Träger öffentlichen Rechts für die formelle Regionalplanung und Aufgaben der Regionalentwicklung zuständig. Die PLG Region Trier umfasst das Gebiet der kreisfreien Stadt Trier, des Eifelkreises Bitburg-Prüm sowie der Landkreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Vulkaneifel mit insgesamt fast 5.000 km<sup>2</sup> Fläche und rd. einer halben Million Einwohner. Durch die Mitgliedschaft des Landkreises Trier-Saarburg in der PLG Region Trier ist eine enge Verzahnung der Arbeiten im Rahmen des Aktionsprogramms gewährleistet.

Es lassen sich innerhalb des Landkreises mehrere unterschiedlich strukturierte Teilräume erkennen: Zum Einen die Gemeinden im näheren Umfeld der Stadt Trier, die ob ihrer Nähe zum Oberzentrum und durch den noch vorhandenen relativ gut ausgebauten ÖPNV bereits jetzt Infrastruktureinrichtungen des „großen Nachbarn“ nutzen, zum Anderen der südöstliche Bereich des Landkreises, wo Bevölkerungsrückgänge und Tragfähigkeitsprobleme einzelner Infrastrukturen erkennbar sind. Als dritten Teilraum ist auf die Besonderheit der Gemeinden in Grenznähe hinzuweisen, sowohl international zum Großherzogtum Luxemburg als auch national zum benachbarten Saarland. Immer mehr Absolventen und im Landkreis ausgebildete junge Fachkräfte pendeln aus der Region - aufgrund des dortigen höheren Lohnniveaus - nach Luxemburg (2008: 10.256 von insgesamt 40.973 Beschäftigten<sup>3</sup>). Angesichts der problematischen zu erwartenden demografischen Entwicklung des Landkreises führt diese Abwanderung insbesondere qualifizierter Arbeitskräfte zu einem verschärften Fachkräftemangel. Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schulen, Kindergärten und Leistungen im Bereich der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe werden von den Grenzpendlern zwar weiter genutzt, aber nicht mehr über die Einkommenssteuer mitfinanziert. Damit sinken bei teilweise sogar steigender Nachfrage die Einnahmen der Kommunen.

Der Antragsteller verspricht sich durch die Förderung die Möglichkeit, die grundsätzlich unterschiedlichen, aber gleichermaßen im Sinne der Ausschreibung betroffenen Teilräume adäquat zu bearbeiten und entsprechende Anpassungsstrategien entwickeln zu können. Durch die Heterogenität ergeben sich im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Räume in Deutschland große Chancen, bspw. auf ähnlich strukturierte deutsche Grenzregionen zur Schweiz und den Niederlanden, oder auch an den Grenzen der Bundesländer.

---

<sup>3</sup> Quellen: Ministère de la Sécurité Sociale Luxemburg („Auspendler“), Statistisches Landesamt RLP

Die Notwendigkeit, dem demografischen Wandel strukturell zu begegnen, ist bereits früh erkannt worden. So ist in der „Zukunftsstrategie Region Trier 2025“ der PLG Region Trier die Verpflichtung der Träger der Regionalplanung festgelegt: „Wir definieren Mindestausstattungen und Verflechtungsbereiche der grundzentralen Orte- sowie regionalbedeutsame Entwicklungsachsen neu. Dabei unterstützen und fördern wir im Rahmen der Grundversorgung Ersatzangebote für etwa ausfallende Infrastruktur (z. B. Nachbarschaftsläden, mobile Versorgung, mobile Betreuung und Versorgung, generationenübergreifendes Wohnen, Dorfläden, Senioren-WG, etc.).“ (P 41)

Den aufgezeigten Auswirkungen des demografischen Wandels wird heute schon auf Projektebene – also singular – begegnet. So wurde eine Stiftung des Landkreises gegründet, die Projekte aus allen gesellschaftlichen Bereichen fördert wie bspw. die Wettbewerbe „Lebendige Dörfer“ und „Familienfreundliche Betriebe“ oder einen Mehrgenerationenservice unter Mitwirkung ehrenamtlich Engagierter sowie die Einrichtung von Bürgerbüros.

Durch die Teilnahme am Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge bietet sich die Möglichkeit, die bestehenden Ansätze auf struktureller Ebene und die Ansätze auf Projektebene zu einem integrierten Ansatz zu verbinden. Dieses Vorgehen soll eine sektorale Sichtweise überwinden und so die notwendigen Anpassungsprozesse in Gang setzen, um auch in Zukunft in allen Teilen des Kreises eine ausreichende Qualität der Daseinsvorsorge zu sichern. Dazu wird ein breiter Akteurskreis aus formell zuständigen Institutionen und betroffenen Akteuren eingebunden, um gemeinsam die Strategie für die regionale Daseinsvorsorge zu erarbeiten und umzusetzen sowie dabei auch Verantwortlichkeiten festzulegen. Dabei obliegt dem beauftragten Projektbüro insbesondere auch die Aufgabe zur systematischen Aufarbeitung und fachlichen Bündelung von vorhandenen Konzepten und Untersuchungen. Durch ein solches Vorgehen wird auch der regionale Mehrwert für die einzelnen Akteure deutlich.

## ***2.2. Demographiebetroffenheit von Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge***

Der Landkreis Trier-Saarburg, mit 1.091 Quadratkilometern flächenmäßig drittgrößter Kreis in Rheinland-Pfalz, ist mit seiner geringen Bevölkerungsdichte (130 EW je km<sup>2</sup>) und der starken Heterogenität der Bevölkerungsdichte, z.B. 67 EW je km<sup>2</sup> (VG Kell am See), 122 EW je km<sup>2</sup> (VG Trier-Land) und 230 EW je km<sup>2</sup> (VG Konz) in besonderer Weise von den Folgen des demografischen Wandels betroffen. Während das kreisfreie Oberzentrum Trier und einzelne Gemeinden des Landkreises aktuell noch leichte Zuwächse verzeichnen, sind in peripher gelegenen Orten bereits Einwohnerrückgänge und zunehmende Überalterung festzustellen. In den Teilräumen ergeben sich unterschiedliche Betroffenheiten und es wird immer schwieriger, ein gleichwertiges Versorgungsniveau anbieten zu können. Bei der Versorgung mit Ärzten zeigen Untersuchungen bereits heute erste „weiße Flecken“. Während für Kinderbe-

treuungseinrichtungen und Schulen in Teilen des Kreises besonders starke Nachfrage herrscht, wird andernorts die Aufrechterhaltung von Standorten infolge rückläufiger Kinder- und Schülerzahlen problematisch werden. Beim ÖPNV steht künftig die Eigenwirtschaftlichkeit von Linienkonzessionen verstärkt in Frage. Hiermit werden in Teilräumen des Kreises wiederum Probleme für die Aufrechterhaltung bzw. die Möglichkeiten zur Erreichung der Angebote der Daseinsvorsorge verbunden sein. Insofern gilt es, auftretende oder sich verschärfende Disparitäten zu identifizieren und ihnen im Rahmen einer Regionalstrategie angemessen zu begegnen.

Aus diesem Grund wurde bereits in der Konzeptphase im Rahmen einer Befragung der einzelnen Geschäftsbereiche und darauf aufbauend in einem Workshop eine Vorauswahl der zu behandelnden Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeangebote getroffen. Geprägt war die Diskussion dabei von den o.g. Leitziele in Kombination mit Fragen der Finanzierbarkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge. Offenkundig wurde bei dem Workshop angesichts der zu erwartenden demographischen Veränderungen die Notwendigkeit der Vernetzung der Angebote und des Austauschs zwischen den verschiedenen Trägern der Infrastrukturen. Bevor im Rahmen des Vorhabens eine Konzentrierung auf ausgewählte Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeeinrichtungen erfolgt, werden folgende Themenbündel untersucht und im Zusammenspiel zwischen Auslastung und Organisation, Finanzierbarkeit, Wechselwirkungen zu anderen Infrastrukturen und beteiligter Akteure näher beleuchtet:

- ▶ **Versorgung mit Ärzten, Betreuung und Pflege für ältere Menschen, Einrichtung medizinischer Versorgungszentren**
- ▶ **Berufsausbildung, Schulen, Kindertagesstätten und Kinderbetreuung, Erwachsenenbildung, Jugendbildung, Familienzentren**
- ▶ **Sportstätten, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Freizeitangebote für junge Menschen, sozialraumorientierte Angebote**
- ▶ **Kulturangebote für alle Generationen, Vereine, Verbände, Kirchen und örtliche Gemeinschaften**
- ▶ **Brand- und Katastrophenschutz, Allgemeine Hilfe und Rettungsdienst, stationäre Krankenversorgung, insb. Strukturen der Krankenhäuser**
- ▶ **Technische Infrastruktur von Straße, Ver- und Entsorgung, Kommunikation**
- ▶ **Grundversorgung**
- ▶ **Einbindung des Ehrenamts als wichtigem Bestandteil der Umsetzung der Regionalstrategie; Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements**

Für diese Themenbündel bestehen nach Auffassung der beteiligten Akteure konkrete Anpassungs- und Abstimmungsnotwendigkeiten, sie sollen deshalb planerisch bearbeitet wer-

den. Die vorhandene Datengrundlage wurde während des Vorbereitungsworkshops offengelegt. Ggf. fehlende Informationen werden aktuell angefordert, so dass bei Förderbeginn mit keinerlei Verzögerungen bei der Bearbeitung zu rechnen ist. Ein detaillierter Zeitplan für die einzelnen Bearbeitungsschritte findet sich in Kapitel 8.

Übergeordnete Fragestellungen, die bei der Konzepterstellung diskutiert und im Rahmen der Erarbeitung der Regionalstrategie verfolgt werden sollen, sind unter anderem:

- ▶ Kommunalfinanzen: was wird heute wie finanziert, was ist in Zukunft noch bezahlbar?
- ▶ Umgang mit dem Problem von nicht-alleinigen Zuständigkeiten, bspw. im Verkehrsbereich
- ▶ Vermittelbarkeit von Entscheidungen, Top-down versus Bottom up-Ansatz,
- ▶ Notwendigkeit der Schaffung von Familienfreundlichkeit für alle Generationen: nicht nur Kinderbetreuung und Angebote für Kinder und Jugendliche-, sondern auch für alte Menschen, weil dies z. B. für Berufstätige essentiell ist, dabei jedoch Problem der fehlenden Steuerungsmöglichkeit bezüglich privater Einrichtungen insb. im Pflegebereich
- ▶ „Bürgerschaftliches Engagement ist überall“ – Notwendigkeit der Vernetzung/ Koordination sowie Abstimmung mit professionellen Angeboten
- ▶ Notwendigkeit der Sicherung und Stärkung eines wohnortnahen umfassenden Bildungsangebots für den Landkreis Trier-Saarburg unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Bildungslandschaft mit der Nähe zum Großherzogtum Luxemburg sowie der Stadt Trier als Oberzentrum
- ▶ Stärkung der Angebote in den Bereichen der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung, lebenslanges Lernen; leistungsfähige Schul- und Berufsausbildung
- ▶ Notwendigkeit der Sicherung/Herstellung der Mobilität im ländlichen Raum, Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen
- ▶ Erhaltung und Stärkung der örtlichen Identitäten mit nachhaltiger Integration neuer Bürger in das örtliche Gemeinschaftsleben

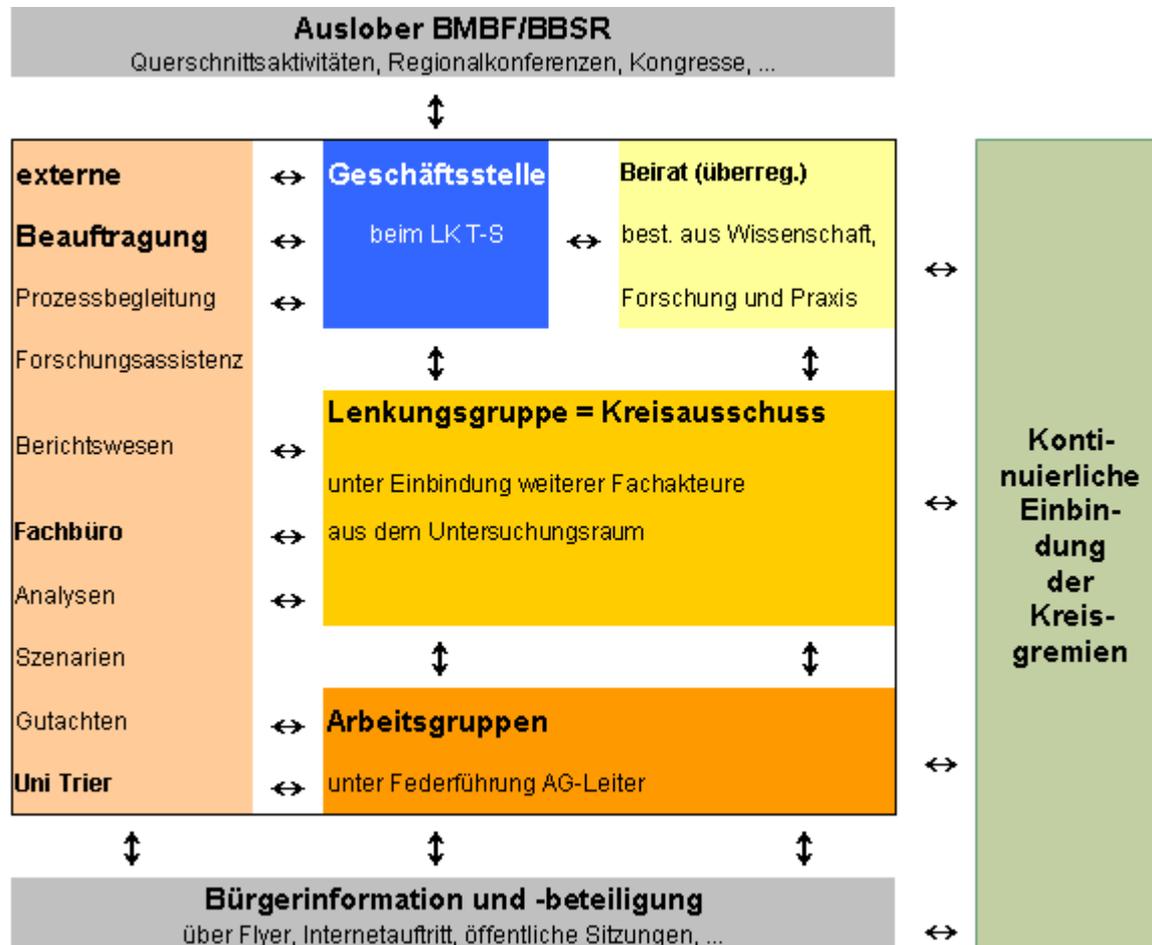
Mit der Regionalstrategie Daseinsvorsorge des Landkreises Trier-Saarburg soll somit die Stärkung der Raumstruktur und des 'Betriebs des Raumes' ausgerichtet an den zentralen Orten langfristig gesichert und weiterentwickelt werden.

### **3. Einbindung Akteure und Institutionen**

#### **3.1. Organisatorische Vorkehrungen**

Gemäß der Intention des Fördergebers und dem gewählten methodischen Ansatz sowie der Erfahrungen bspw. aus REFINA-Vorhaben sind organisatorische Vorkehrungen zu treffen, die einerseits einen regelmäßigen Austausch zwischen den beteiligten Akteuren gewährleisten, andererseits aber auch die Möglichkeiten bieten, für eine spätere Verstetigungsphase

entsprechende Voraussetzungen einer intensiveren Bürgerbeteiligung zu schaffen. Auf dem Vorbereitungsworkshop verständigte man sich daher auf folgende Organisationsstruktur während der Bearbeitungsphase:



**Abbildung 3: Organisationsstruktur**

Die Kreisgremien, die Bürgermeister der sieben Verbandsgemeinden wie auch zahlreiche Organisationen und Verbände bis hin zur ministeriellen Landesebene sind informiert und unterstützen das Vorhaben. Diese Unterstützung wird u.a. durch die beigelegten Unterstützungsschreiben deutlich. Von grundlegender Bedeutung dabei ist, wie man die Anforderungen an eine künftige Versorgung gemeinsam erarbeitet, definiert und beschließt sowie die finanzielle Belastbarkeit bei den Fragen der regionalen Daseinsvorsorge im Sinne eines stärkeren bürgerschaftlichen Engagements überprüft und Möglichkeiten eines Bottom-Up-Ansatzes zur Einbindung relevanter Akteure und Institutionen aufzeigt.

Auf technischer Ebene gilt es dabei, die notwendige verlässliche Datengrundlage zusammenzutragen und bereit zu stellen, wie sie auch für die Szenarientwicklung notwendig ist. Des Weiteren wird eine interne internetgestützte Organisationsplattform etabliert, die den

Prozess des Vorhabens nach Innen dokumentiert und geeignete Voraussetzungen bildet, um Ergebnisse auf einer Internetplattform für eine breitere Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

### 3.2. Arbeitsgruppen und Netzwerkmanagement

Es gibt drei Ebenen der direkt beteiligten Akteure: Zum Einen die Mitarbeiter und politischen Vertreter des Landkreises, die letztendlich Entscheidungen zu treffen und umzusetzen haben. Hinzu kommen die Projektpartner, die bereits in der Konzeptphase mitgewirkt haben bzw. im Laufe des Vorhabens weiter identifiziert und - bspw. in Arbeitsgruppen - eingebunden werden (z.B. Universität, Fachhochschule, Planungsgemeinschaft, Verbände, Wirtschaftsförderung, Kammern, LEADER-Geschäftsstellen, fachlich zuständige Landesdienststellen etc.) Für eine Einbindung der Wirtschaft in Arbeitsgruppen und Beiräte kommen insbesondere Vertreter aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung (z.B. WFG, Wirtschaftszweckverbände, Tourismusorganisationen), der Kammern und Berufsstände (z.B. IHK, HwK, Kreishandwerkerschaft) sowie weitere Verbände (z.B. Unternehmer- und Einzelhandelsverbände, Arbeitnehmerverbände) und Organisationen (z.B. Initiative Region Trier) in Betracht.

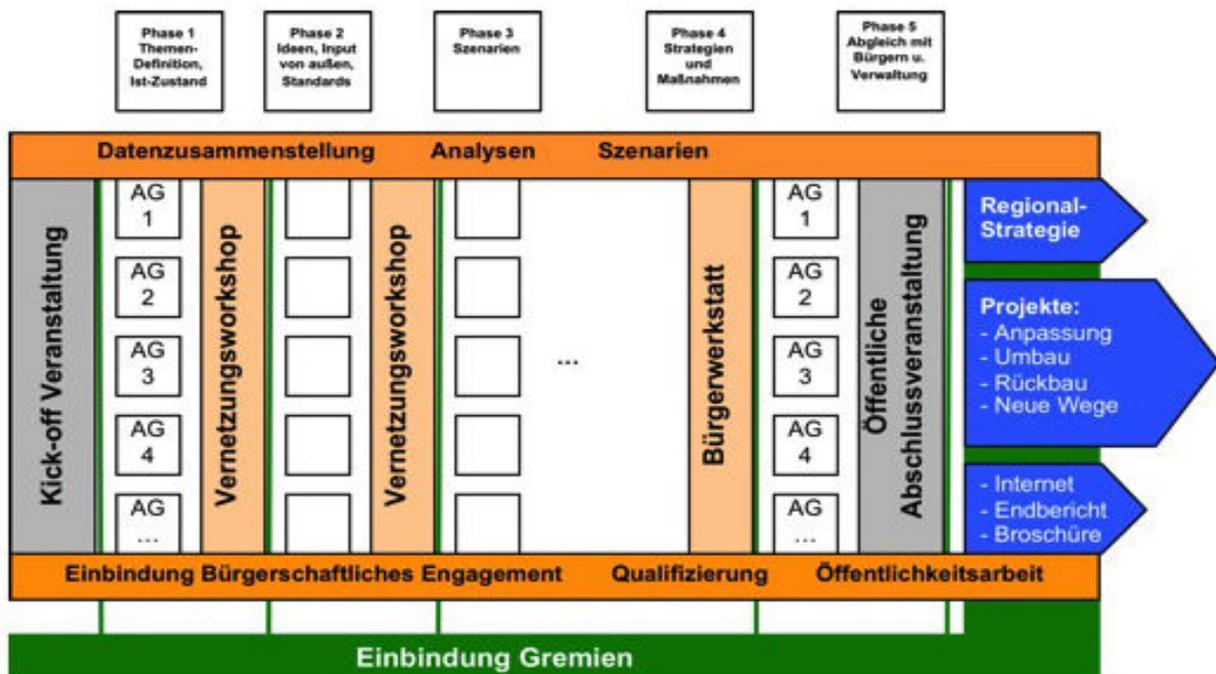


Abbildung 4: Erarbeitung Regionalstrategie Daseinsvorsorge: Skizze zum Ablauf

Auch Akteure des zivilgesellschaftlichen Engagements werden gezielt angesprochen und bei der internen Vernetzung unterstützt, die Aktivierung neuer Bevölkerungsgruppen bürger-schaftliches Engagement durch gezielte Ansprache und Motivation, aber auch durch Profes-sionalisierung der Akteure und Strukturen (Capacity building) ist geplant.

Der Landkreis hat sich für die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts intensiv mit den Anforderungen der Daseinsvorsorge in den einzelnen Geschäftsbereichen auseinandergesetzt und Querbezüge bzw. Synergiepotenziale identifiziert. Es wurden jeweils die angesichts der Auswirkungen des demographischen Wandels vordringlich zu behandelnden Themen benannt. Durch die Verknüpfung der Themenbündel mit den Sachzuständigkeiten der Verwaltung soll die Überführung der Regionalstrategie in Alltagshandeln sichergestellt werden. Hierzu werden die in den vorgesehenen Arbeitsgruppen zu bearbeitenden Themenbündel an die Geschäftszuständigkeiten der Kreisverwaltung angelehnt.

Zu Beginn des Bearbeitungsprozesses der Regionalstrategie Daseinsvorsorge werden innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen dann die vordringlich zu bearbeitenden Infrastrukturen präzisiert.

#### **Themenbereich I (Gebäudemanagement, Schulen, Bildung):**

Bildungslandschaft, Schulentwicklungsplanung, „Standorte anreichern/Generationen vernetzen“, Ganztags-, Ferienbetreuung, „Gefühlte Großfamilie“, Erwachsenenbildung

#### **Themenbereich II (Kreientwicklung, Wirtschaft, Finanzen):**

Finanzierbarkeit von Aufgaben, Tragfähigkeitsmodelle, interkommunale und intrakommunale Zusammenarbeit, Fachkräftesituation, Nachwuchsmangel, Sicherung der Mobilität für Ältere und Jugendliche, Strategien für künftige Entwicklung in innerörtlichen Lagen, lokales Engagement, Integration, Migranten und Neubürger für Engagement gewinnen

#### **Themenbereich III (Jugend, Soziales, Gesundheit):**

Verstetigung und gezielte Weiterentwicklung einer adäquaten Hilfestruktur: „Menschen, nicht Gebäude“

Notwendigkeit operationeller und strategischer Ziele unter Einbindung der Kreisgremien, Pflegestrukturplanung incl. Versorgungssituation in Ortsgemeinden, Versorgung mit niedergelassenen Ärzten, Fachkräfte Pflege/Medizin/Sozialbereich (Standortkonkurrenz zu Luxemburg), stationäre Pflege, Kindertagesstätten, Weiterentwicklung der sozialraumorientierten Jugendhilfe, soziale Integration mit Blick auf verschiedene Bevölkerungsgruppen, insb. mit Blick auf Migrantinnen und Migranten, Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements, Weiterentwicklung der Kooperation Schule und Jugendhilfe sowie bewusste Gestaltung der Übergänge Schule-Ausbildung-Beruf („kein Kind ohne qualifizierten Schulabschluss“)

#### **Themenbereich IV (Sicherheit, Ordnung und Verkehr, Bauen und Umwelt):**

ÖPNV: Zieldiskussion/ pol. Willensbildung, Fragen der Finanzierbarkeit u. beschränkter Einflussmöglichkeiten, Notwendigkeit der Beteiligung weiterer Akteure, zukünftige ÖPNV-Nutzung/-Nutzer, Abhängigkeit von Schülerverkehren; flankierende Maßnahmen zur Unter-

stützung des Rettungswesens bspw. über die Gewinnung von Freiwilligen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, Ehrenamt, bspw. auch im Bereich Feuerwehr

### **Vorgesehene Arbeitsweise**

Um die notwendige fachbereichsübergreifende Denk- und Bearbeitungsweise zu fördern, werden in jede Arbeitsgruppe jeweils Vertreter aus den beteiligten Geschäftsbereichen sowie über die Kreisverwaltung hinaus aus Kommunen, Institutionen, Verbänden, Vereinen etc. einbezogen.

In den Arbeitsgruppen werden in je 4-5 Sitzungen für die jeweils zu bearbeitenden Infrastrukturen in aufeinander abgestimmten Arbeitsschritten

- die anzugehenden Probleme definiert, verfügbare themenspezifische Daten und ihre Qualität gesichtet sowie ein Korridor möglicher Lösungsansätze konkretisiert
- der Status quo in Bezug auf die zu bearbeitenden Angebote der Daseinsvorsorge detailliert erfasst und Bewertungsmaßstäbe quantitativer und qualitativer Art definiert
- die jeweilige Trend-Entwicklung bezüglich der Auslastung skizziert, drohende Schließungen/ Angebotsverschlechterungen herausgearbeitet sowie Informationen zum qualitativen Bedarf erhoben
- kreative Ideen entwickelt, alternative Szenarien dargestellt und bewertet, wobei bisherige Standards auch in Frage gestellt werden können sowie
- Vorschläge für unter wirtschaftlichen und personellen Gesichtspunkten realisierbare Lösungsansätze, zu priorisierende Standorte etc. definiert, nachvollziehbar aufbereitet und begründet sowie Umsetzungsstrategien vorgeschlagen.

Um Querbezüge und Wechselwirkungen zwischen einzelnen Infrastrukturbereichen nicht aus den Augen zu verlieren, finden zwei Vernetzungsworkshops statt, in denen sich die Arbeitsgruppenleiter über Stand und Inhalte ihrer jeweiligen Arbeitsgruppen austauschen und Synergiepotenziale suchen.

Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen werden anschließend in der Lenkungsgruppe diskutiert und in einem Dokument zu einer integralen Strategie zusammengefasst.

Der verstärkte Einbezug von privaten Akteuren, Verbänden und Vereinen und nicht zuletzt die zu erwartende Konflikträchtigkeit der Anpassungsprozesse und Rückzugsprozesse des demografischen Wandels bedürfen gezielt einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, um die Themen und den Diskussionsprozess für die Bürger verständlich und nachvollziehbar darzustellen. Hier können die etablierten Akteure bzw. Akteursgruppen wie bspw. die LEADER-Aktionsgruppen ihre Vorerfahrungen bezüglich der Vermittlung von Problemkonstellationen und Lösungsansätzen für die gemeinsame regionale Strategie einbringen.

Von Seiten der Geschäftsstelle wird über regelmäßige Newsletter und anlassbezogene Pressearbeit die Öffentlichkeit über das Vorhaben informiert. Sie steht auch als Ansprechpartner für weitere Akteure zur Verfügung, die sich in den Prozess einbringen möchten.

## **4. Schaffung einer Diskussionsgrundlage (Daten, Analysen)**

Im Landkreis Trier-Saarburg liegen bereits zahlreiche Daten aus den Fachbereichen vor. Eine Übersicht dazu wurde im Rahmen der Konzepterarbeitung zusammengestellt und ist im Anhang dargestellt.

Die Anpassungs- und Rückzugsprozesse des demografischen Wandels vollziehen sich schleichend, daher soll ein „Beobachtungsradar“ aufgebaut und etabliert werden. Das im Rahmen der Regionalstrategie aufgebaute Erreichbarkeitsmodell und die entwickelten Szenarien bilden hierfür die Basis. Dieses soll es ermöglichen, frühzeitig und abgestimmt zu reagieren und notwendige Anpassungen und Konsolidierungen zu adaptieren, bevor strukturelle Schäden entstehen. Hierzu sollen ausgewählte Versorgungssituationen einschl. demografischer Entwicklung analysiert und sowohl Bestand wie Prognosen für bestimmte Zeiträume (z.B. 2020, 2025, 2030) betrachtet werden.

### **4.1. Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Ist-Ausstattung**

Der Vorbereitungsworkshop und eine verwaltungsinterne Befragung haben ergeben, dass die räumliche Verortung der Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge in ausreichender Qualität vorliegt.

Neben der Erfassung der Standorte ist die Nutzung von Infrastrukturen eine zentrale Frage bei der Erarbeitung der Strategie für eine Regionale Daseinsvorsorge.

Für den Bereich ÖPNV wird dies beispielsweise bedeuten, dass zusammen mit den im Verkehrsverbund Region Trier (VRT) organisierten Gebietskörperschaften und Unternehmen versucht werden muss, Lösungen im Sinne einer flächendeckenden Versorgung zu erarbeiten, die unter dem Vorbehalt der Entscheidungen der politischen Gremien stehen.

### **4.2. Kleinräumige Bevölkerungsprognose**

Aktuelle Einwohnerdaten (2010) nach Altersgruppen liegen für alle Gemeinden des Kreises vor. Durch die jüngst durchgeführte Schulentwicklungsplanung liegen auch Daten zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose auf Ortsteilebene vor, auf die aufgebaut werden kann.

### **4.3. Aufbau eines Erreichbarkeitsmodells**

Für den Aufbau eines Erreichbarkeitsmodells ist vorgesehen, auf das Service-Angebot des BBSR zurückzugreifen.

Anhand der sich ergebenden Wegestrecken/Wegezeiten werden

- ▶ Schwachstellen bzw. unterversorgte Teilräume im bestehenden Angebot definiert
- ▶ Teilräume zu definieren sein, die besonders gefährdet hinsichtlich des zukünftigen Ausfalls einzelner Infrastrukturstandorte sind (Schulschließung, Praxisschließungen ...) bzw. wo besonders viele Einwohner von derartigen Ereignissen betroffen wären.

Neben den „klassischen“ Erreichbarkeitsmodellen mit Pkw und/oder ÖPNV sollten hier auch weitere Angebotsformen für eine barrierefreie Erreichbarkeit in der Nahversorgung betrachtet werden. Dazu gehört die Interneterreichbarkeit aller Teilräume für Lieferdienste, Erledigung von Behörden-Angelegenheiten und Teilbereiche der medizinischen Versorgung. Notwendige technische Infrastruktur hierfür ist eine hochwertige Breitbandversorgung. Diese ist über die Nahversorgung hinaus auch Bestandteil der Daseinsvorsorge für lokale Betriebe, Handwerker und Mediziner, die darauf angewiesen sind, große Datenmengen zu übertragen.

#### **4.4. Qualitative Bedarfsanalyse**

Die Unterscheidung zwischen „Bedürfnis“ und „Bedarf“ spielt bei der Bearbeitung dieses Themenfelds eine zentrale Rolle. Ergänzt durch die Komponente „Finanzierbarkeit“ ergibt sich somit eine Fragestellung, die in Form von lokalen Befragungen untersucht wird. Welche Bedürfnisse haben bspw. Leistungsnehmer und Leistungsanbieter und welche echten Bedarfe ergeben sich daraus? Was davon ist finanzierbar? Es ist geplant, Multiplikatoren in Verbänden, Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen (z.B. Seniorenorganisationen, Caritas, Landfrauen, Schulgremien, freie Träger der Jugend- und Sozialhilfe, Sport- und kulturtragende Vereine, Kirchen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften ...) schriftlich und über Interviews zu deren Beurteilung von Nachfrage und Angebotsqualität bezüglich verschiedener Angebote der Daseinsvorsorge zu befragen, um eine qualitative Einschätzung zu bekommen.

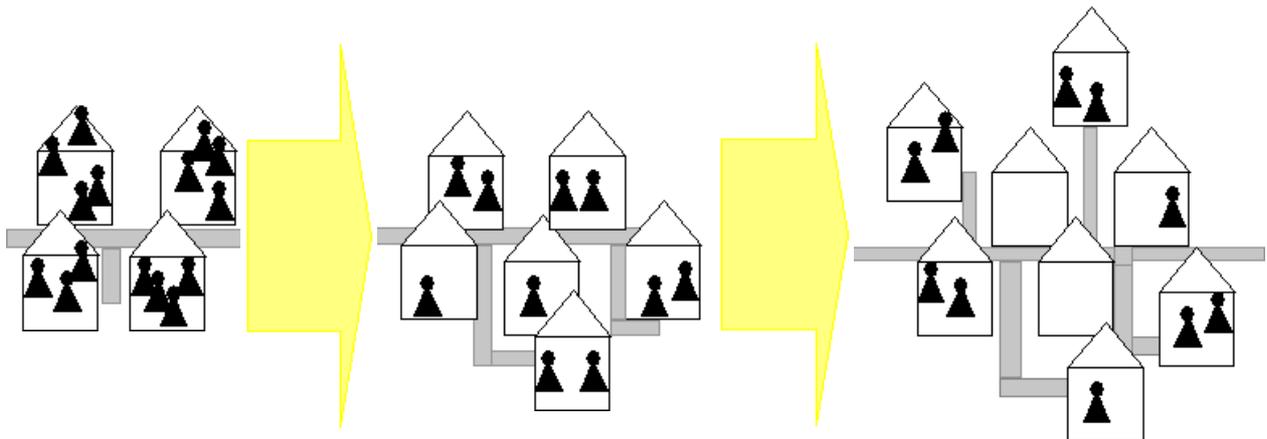
## **5. Infrastrukturen und Anpassungsstrategien**

### **5.1. Entwicklung alternativer infrastruktureller Anpassungsstrategien**

Nach Auswertung des IST-Zustandes anhand der Ergebnisse des Erreichbarkeitsmodells und der qualitativen Bedarfsanalyse, Aufbau und Stabilisierung einer verlässlichen Datenbasis sowie der Rückkoppelung der Ergebnisse der Analysephase mit den relevanten Akteuren steht die Entwicklung alternativer Anpassungsstrategien auf dem Programm.

Wie kann man den negativen Effekten des demographischen Wandels - bezogen auf einzelne Infrastrukturen wie auch deren Wechselwirkungen untereinander - entgegenwirken?

Wie kann man bei immer weniger Zahlern eine Infrastruktur bei gleich bleibenden oder sogar steigenden Kosten noch aufrechterhalten? Wie können dabei unterschiedlich strukturierte Teilräume innerhalb des Planungsgebiets jeweils angemessen versorgt werden?



Quelle: Dahm, Susanne (2003) In: Informationsplattform „Innenentwicklung“, im Auftrag des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg,

#### **Abbildung 4: Wirkungsmechanismus demografischer Wandel und Immobilienbestand**

Die Suche nach geeigneten Vorgehensweisen erfolgt in den Arbeitsgruppen jeweils über einen Brainstorming-Workshop, in dessen Vorfeld von der Forschungsassistentin die im Landkreis bestehenden Konzepte und Untersuchungen zusammengetragen und im Sinne des integrativen Gesamtplanungsansatzes gebündelt werden. Als weitere Anregung werden ebenfalls von der Forschungsassistentin zusammengestellte Ideen und Projekte aus anderen Regionen an die Teilnehmer (Best-Practice-Beispiele) zur Unterstützung des Prozesses übermittelt. In diesem kreativen Denkprozess soll zunächst auch bewusst der Freiraum für experimentelle Lösungen ausgeschöpft werden, die aktuell noch keine gesetzliche Grundlage in der jeweiligen Fachplanung haben und die in den üblichen formellen Verfahren gar nicht erst andiskutiert würden.

In den weiteren Sitzungen werden aus den entwickelten Ideen umsetzbare Ansätze und Vorgehensweisen herauskristallisiert und Vorschläge für Projekte erarbeitet, die in einem Umsetzungskonzept mit projektbezogenen Vorschlägen zu zeitlichen Abläufen und Verantwortlichen fixiert werden. Gemeinsam mit den Akteuren sollen Qualitätsstandards für einzelne Infrastruktureinrichtungen bezüglich Umfang, Lage und Erreichbarkeiten bestimmt werden. Die Projektvorschläge sollen so angelegt sein, dass die einzelnen Akteure im Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen sie sinnvoll und mit angemessenem Aufwand in ihre Arbeitsprozesse integrieren können.

Vor dem Hintergrund, dass bezüglich kommunaler Infrastrukturen nicht allein der Landkreis zuständig ist, sondern neben diesem auch noch die Verbandsgemeinden und die Ortsgemeinden als weitere kommunale Selbstverwaltungsebenen bestehen (sowie auch sonstige Fachpolitiken und -verantwortungen), werden Grundlagen für die Beschlussfassungen des Kreistages sowie kommunaler Gremien von unterschiedlicher Verbindlichkeit - von Kenntnis-

nahme bis Zielformulierung - erarbeitet. Dabei sind auch die besonderen Wechselwirkungen mit der kreisfreien Stadt Trier als Oberzentrum zu berücksichtigen.

## **5.2. Leitziele und Schwerpunktthemen des Landkreises Trier-Saarburg**

Wie in der Einführung angesprochen, möchte der Landkreis mit der Erarbeitung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge die Umsetzung von vier Leitzielen verknüpfen. Deren Umsetzungsmöglichkeiten werden bei der Erarbeitung von Projekten und Maßnahmen in jedem einzelnen Infrastrukturbereich eine Rolle spielen. Neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist dies die Familienfreundlichkeit für alle Altersgruppen und Familienphasen sowie ein teilraumspezifisches, gleichwertiges Angebot in allen Gemeinden des Kreises.

### **5.2.1. Systematische Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements**

Ein zentraler Aspekt, den der Landkreis vertieft untersuchen möchte, ist die Frage nach einem stärkeren bürgerschaftlichen Engagement. Wie kann dieses geweckt resp. verstärkt werden? Wie können bereits aktive „Ehrenamtler“ stärker unterstützt werden? Welchen Beitrag kann die Gemeinschaft leisten, um möglichst viele Bürger zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und deren Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit zu bewegen?

Zentraler Ansatzpunkt ist hierbei die Jugendarbeit und die Mobilisierung bislang ungenutzter Ressourcen aller Altersgruppen, ohne dabei jedoch Fachkräfte an dafür ungeeigneter Stelle durch Laien zu ersetzen.

#### **Von lebenslanger Vereins-Zugehörigkeit zum Engagement in Projekten**

Möglichkeiten der systematischen Unterstützung mit dem Ziel einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sowie der besseren Verzahnung zwischen ehrenamtlichen und professionellen Angeboten werden u. a. darin gesehen,

- ▶ das "Klima für das bürgerschaftliche Engagement " über Aus- und Fortbildung, Begleitung und Beratung, Pressearbeit, Wettbewerbe und Auszeichnungen zu fördern,
- ▶ die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Berufsleben zu verbessern, in dem die Wirtschaftsakteure auf eine entsprechende Unterstützung und Hilfestellung angesprochen werden,
- ▶ Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements weniger als Daueraufgabe, sondern in Form einzelner Projekte zu organisieren, um neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen: Von lebenslanger Vereins-Zugehörigkeit zum projektorientierten Engagement
- ▶ verstärkt neue Medien und soziale Netzwerke für die Mobilisierung und Organisation bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen

- ▶ rechtliche und administrative Unterstützung von Ämtern und Unternehmen für das bürgerschaftliche Engagement zu organisieren
- ▶ individuelle Förderungsangebote im Bereich Persönlichkeitsentwicklung/ Coaching zu schaffen sowie
- ▶ Schulungen zu Organisation, Finanzierung, Sponsoring, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung für Verantwortliche in Vereine und Gruppen anzubieten.

Dies soll in Kooperation mit den Volkshochschulen und der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, der Landeszentrale für Politische Bildung sowie der Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ sowie ggf. weiteren regionalen Weiterbildungs-Anbietern verwirklicht werden.

Ziel ist eine Bündelung der diesbezüglichen Aktivitäten im Sinne einer dezentral organisierten „Akademie des bürgerschaftlichen Engagements“ mit einer zentralen Anlaufstelle.

### **5.2.2. Akzentuierung des Schwerpunkts „Familienfreundlicher Landkreis Trier-Saarburg“**

Sowohl der Landkreis als auch andere Akteure der Region setzen sich seit Jahren für die Themen Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Im Bereich der Infrastruktur wurden zahlreiche Investitionen in ein verbessertes Betreuungsangebot getätigt und flankierende Maßnahmen, etwa durch die Etablierung von Lokalen Bündnissen für Familien, Mehrgenerationenhäuser, etc. umgesetzt.

#### **„Gefühlte Großfamilie“ durch Netzwerkbildung**

Während bis vor wenigen Jahren die klassische Familienkonstellation, in Dörfern auch häufig noch im Zusammenleben mehrerer Generationen, prägend war, ist es hier zu einem deutlichen Wandel hin zu Kleinfamilien, anderen Formen des Zusammenlebens und Single-Haushalten gekommen. Um den bestehenden gesellschaftlichen Problemen, häufig lediglich diskutiert anhand der Ausgabesteigerungen in Sozial- und Jugendetats, entgegenzuwirken, sollen neue Formen des Zusammenführens der Menschen gefunden werden. Durch die Vermittlung der unterschiedlichen Lebensperspektiven, die offene Einbringung der unterschiedlichen Erfahrungswelten und durch die gegenseitige Wertschätzung soll das Gefühl vermittelt werden, Teil einer Großfamilie im Ort zu sein. Angesichts des steigenden Kostendrucks und der fortschreitenden Egoisierung der Gesellschaft erscheint die Netzwerkarbeit in diesem Feld als die zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe.

#### **Konkrete Handlungsansätze**

- ▶ Die unterschiedlichen Fachplanungen sind durch das beauftragte Fachbüro unter dem Vernetzungsgesichtspunkt methodisch aufzuarbeiten und im Diskurs übereinanderzulegen und ggf. zu ergänzen

- ▶ Die politische Diskussion muss noch stärker „weg von den Steinen, hin zu den Menschen“ geführt werden
- ▶ Zur Lösung bestehender Probleme (z.B.: Betreuungsprobleme in Ferienzeiten durch flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen) sollen neue Lösungsmöglichkeiten diskutiert und umgesetzt werden. Hier soll insbesondere eine stärkere Einbindung des Ehrenamts und der stetig steigenden Zahl der älteren Menschen erfolgen
- ▶ Der Aufbau einer umfassenden Bildungslandschaft im Landkreis Trier-Saarburg unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens soll angestoßen werden
- ▶ Der Aspekt des Fachkräftemangels soll unter dem Bildungsaspekt, aber auch unter dem Blickwinkel der Wohnbedingungen vor Ort beleuchtet werden, da durch ein attraktives Gesamtangebot auch zusätzliche Fachkräfte von außen angeworben werden können
- ▶ Zum Entgegenwirken der Verödung der Ortskerne in Teilen des Kreisgebiets sollen soziale Grundinfrastrukturen weiter vorangetrieben werden (Gemeindebüros, Bürgercafés, Dorfschwester,...), um auch hier wieder Kommunikationspunkte zu schaffen
- ▶ Unter dem Gesichtspunkt der Mobilität sind die bestehenden und neu einzurichtenden Angebote zu bewerten und ggf. neue Instrumentarien (z.B.: Bürgerbus) zu diskutieren
- ▶ Die Ressourcen, die im Bereich der Migration, vor allem geprägt durch die Grenzlage zu Luxemburg, bestehen, sollen stärker genutzt werden, indem eine gezielte Ansprache und Einbindung in Projekte vor Ort erfolgt
- ▶ Im zunehmenden Feld der Pflege älterer Angehöriger soll eine Fortbildung von Familienangehörigen, ehrenamtlicher und professioneller Kräfte erfolgen, um eine möglichst weitgehende Pflege im bekannten Wohnumfeld zu ermöglichen, ohne Einzelne zu überfordern
- ▶ Auch die unter 5.2.1. beschriebene „Akademie des bürgerschaftlichen Engagements“ soll im Kontext Familienfreundlichkeit wesentliche Akzente setzen, wobei auch hier eine finanzielle Unterstützung durch die Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ erfolgen kann.

### **5.2.3. Erhalten einer flächendeckend gleichwertigen Versorgung trotz heterogener Teilräume durch teilraumspezifische Lösungsansätze**

Die beschriebene heterogene Struktur des Landkreises führt zu einer unterschiedlichen demografischen Entwicklung in den Teilräumen. Gerade in den peripheren Gebieten ist absehbar, dass der Umfang der Infrastrukturangebote nicht in der gleichen Breite angeboten werden kann wie in den übrigen Teilen des Landkreises. Gleichzeitig ist es aber der Anspruch des Landkreises, jedem Bürger eine gleichwertige Versorgung anzubieten. Damit dies gelingt, muss insbesondere in den peripheren Gebieten ein Versorgungsgeflecht, ausgerichtet an zentralen Orten unter dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit, aufgestellt werden.

## Konkrete Handlungsansätze

- ▶ Die im Rahmen der Antragstellung ausgewählten Infrastruktureinrichtungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen über die Teilräume „gerastert“ werden und spezifische Lösungsansätze gefunden werden
- ▶ Die unter 5.2.1. und 5.2.2. genannten Aspekte sind gezielt unter diesem Aspekt zu beleuchten und beinhalten bereits einen Teil des Lösungsszenarios
- ▶ Im Bereich der Versorgung mit Ärzten und der Pflege älterer Menschen sind teilraumspezifische Zentren zu benennen, darüber hinaus soll Ziel sein, eine Grundversorgung in möglichst vielen Orten zu gewährleisten (z.B.: Dorfschwester, rollende Angebote, medizinische Versorgungszentren, ...)
- ▶ Die Bildungsangebote sind zum einen weiterhin erreichbar festzuschreiben, zum anderen ist unter dem Aspekt der Gleichheit von Bildungschancen ein Fokus auf die Verbindung von Schulweg zur Schul- oder Berufsausbildung zu legen, mit dem Ziel, dass der Schulweg als solcher nicht entscheidend für die Erreichung eines Abschlusses sein darf
- ▶ Im Bereich der Sportstätten, Jugend- und Freizeitangebote ist ebenfalls eine überlagerte Betrachtung von Finanzierbarkeit und Erreichbarkeit anzustellen, welche unter Nutzungsaspekten gegeneinander abgewogen werden müssen

Die Frage der Gleichwertigkeit in den unterschiedlichen Teilräumen ist offen zu diskutieren und unter Sichtung bereits andernorts umgesetzter Ansätze einem Ergebnis zuzuführen, das auch die Stärken der peripheren Gebiete berücksichtigt.

- ▶ Für die künftige Siedlungsflächenentwicklung sind unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte „innerörtliche Entwicklung“ und „Wohnformen/Wohnqualitäten“ Anpassungsstrategien zu entwickeln, die an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen (junge Familien, Singles, ältere Menschen) ausgerichtet sind. Im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung wird auch eine möglichst flächendeckende ÖPNV-Anbindung in den Fokus der Betrachtungen gestellt.
- ▶ Um weiteren Konzentrationsprozessen im Bereich der Grundversorgung insbesondere in den peripher gelegenen Teilräumen des Landkreises entgegen zu wirken, sind neue Ansätze auch mit Blick auf Förderprogramme wie LEADER oder Dorferneuerungsprogramme zu entwickeln. Dabei kann nicht nur die Frage diskutiert werden, wie der Wegfall örtlicher Versorgungseinrichtungen durch Mobilitäts- und Dienstleistungsangebote kompensiert werden kann, sondern vielmehr wie stationäre Nahversorgungseinrichtungen erhalten oder neu eröffnet werden können. Gerade diese Geschäfte/Läden übernehmen nicht selten die Funktion von Kommunikationspunkten für die Dorfbewohner.

Um die Wohn- und Lebensqualität in allen Gemeinden des Landkreises zu sichern, ist ein qualitativ gutes und gleichwertiges Angebot zur Daseinsvorsorge vorzuhalten. Daher sind in den Prozess auch Überlegungen bezüglich der Kooperation von Gemeinden und/oder anderen Trägern sowie der konkrete Bedarf und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Daseinsvorsorgeeinrichtungen einzubeziehen (z.B. Kooperationen mit der Wirtschaft, Lebensmitteleinzelhandel, ...)

### **5.3. Szenarien: Vergleich alternativer Anpassungsstrategien, Auswahl geeigneter Ansätze, Maßnahmenplan**

Auf Basis der kleinräumigen Bevölkerungsprognose sowie der Bestandsaufnahme der Standorte und Angebote werden die Trends der Entwicklung in den jeweiligen Infrastrukturbereichen fortgeschrieben: Wie sieht die derzeitige und künftige Auslastung an den einzelnen Standorten aus? Wo drohen Schließungen? Die Fortschreibung der aktuellen Trends ohne weitere Maßnahmen ist Grundlage von Szenario 1 („Nullvariante“).

Für jeden der ausgewählten Infrastrukturbereiche werden Varianten zu Erhalt, Rückbau, Umbau und alternativen Angeboten, insbesondere mit Berücksichtigung der Einbindung bürgerschaftlichen Engagements, zusammengestellt. Zudem sollen Ideen und Konzepte aus laufenden und abgeschlossenen Projekten über eine Literatur- und Internetrecherche zusammengetragen und auf ihre Eignung für die Regionalstrategie Daseinsvorsorge des Landkreises Trier-Saarburg hin ausgewertet werden. Dies betrifft sowohl Projekte aus dem Landkreis selbst wie auch aus anderen Regionen. Hierzu ist auch ein inhaltlicher Austausch mit den anderen Förderregionen vorgesehen, um bereits rechtzeitig deren Ansätze den eigenen Ergebnissen gegenüberstellen und ggf. diese anpassen zu können.

Aufbauend auf den Erreichbarkeitsmodellen werden zwei Alternativ-Szenarien entwickelt, alternative Anpassungsstrategien und deren Konsequenzen dargestellt und verglichen (wie bspw. „Leerlaufen“ auf der einen Seite und „verstärkte finanzielle Förderung“ des ländlichen Raums auf der anderen Seite). Aufgrund der intensiven Querbeziehungen zwischen den einzelnen Infrastrukturbündeln wird davon ausgegangen, dass innerhalb eines Szenarios nicht einerseits Rückbau und andererseits Ausbau unterschiedlicher Infrastrukturen erprobt werden sollten. Ein Szenario legt vielmehr jeweils eine bestimmte, durchgängige Angebotsqualität fest und erprobt geeignete Maßnahmen zu deren Erreichen wie bspw. Umbau, Ersatz stationärer durch mobile Angebote, bürgerschaftliches Engagement etc.

Die Szenarienberechnung kann durch die Beauftragung eines externen Dienstleisters erfolgen. In Frage kämen dafür Fachinstitute, die im Bereich computergestützter Planungen arbeiten und versiert sind. Diese erfolgt in enger Abstimmung mit den Gremien und den Fachabteilungen. So wird sichergestellt, dass die erhobenen Daten und die berechneten Szenarien nicht nur wichtigen Input für die Erarbeitung der Regionalstrategie liefern, sondern auch über die Laufzeit hinaus weiter genutzt werden können.

Die Auswirkungen der einzelnen Szenarien auf die Versorgungsqualität der Bürger in den einzelnen Gemeinden werden mit Hilfe des Erreichbarkeitsmodells simuliert. Anschließend werden die den Szenarien zugrunde liegenden Maßnahmen auf ihre wirtschaftlichen und qualitativen Auswirkungen hin bewertet, ungeeignete Ansätze verworfen und aus den übrigen ein nach Prioritäten abgestufter Maßnahmenplan in der jeweiligen Arbeitsgruppe erarbeitet.

## **6. Umsetzung und Beschlüsse**

### **6.1. Umsetzungskonzept**

Die erhobenen und aufbereiteten Daten, die erarbeiteten Analysen und gewonnenen Erkenntnisse werden als wichtige Planungsgrundlagen querschnittsorientiert kommuniziert und in die künftige Verwaltungssteuerung implementiert sowie in zukünftige Fachplanungen eingebunden werden. Die Realisierung von Folgemaßnahmen sollten nach Maßgabe der Finanzierbarkeit und kommunaler Akzeptanz nachhaltig geprüft sowie die Weiterführung von im Prozess bewährten Arbeits- und Entscheidungsstrukturen angestrebt werden.

Eine inhaltliche und zeitliche Etappierbarkeit der Maßnahmen ist zwingend notwendig. Welches sind die prioritären Schritte, die mit Verabschiedung der Regionalstrategie in Angriff genommen werden müssen? Was kann auch ohne Anschlussförderung des Bundes umgesetzt werden? Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Maßnahmen werden dabei aufgezeigt. Exemplarisch sei hier die Schließung einer Schule genannt, die wiederum direkte Auswirkungen auf das Liniennetz des ÖPNV haben wird, da die (zunehmend privaten) Busunternehmen Linienverkehr häufig nur noch in Verbindung mit Schülerverkehr auskömmlich betreiben können.

### **6.2. Beschluss der Regionalstrategie Daseinsvorsorge**

Die Rückkoppelung auf politischer Ebene ist Teil des Prozesses. Ziel des Vorhabens ist es dabei, entsprechende Vorkehrungen für die verbindliche und öffentlichkeitswirksame Verabschiedung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge zu treffen.

Die im Rahmen der Regionalstrategie vorgeschlagenen Projekte werden in Einzelmaßnahmen mit konkreten Verantwortlichkeiten und Finanzierungskonzepten durch das beauftragte Fachbüro auf der Basis des Berichtswesens aufbereitet und die zur Umsetzung notwendigen Entscheidungen in den entsprechenden kommunalen Gremien und dem Kreistag vorbereitet, wobei die Beschlussfassungen von unterschiedlicher Verbindlichkeit von der Kenntnisnahme bis Zielformulierung liegen können.

Arbeits- und Entscheidungsstrukturen in der Verwaltung und darüber hinaus, die sich während des Prozesses bewährt haben, werden für die anstehende Umsetzungsphase der Regionalstrategie weitergeführt.

## **7. Organisation**

### **7.1. Entscheidungsstrukturen**

Wie gefordert, wird im Rahmen des Vorhabens ein Netzwerk unterschiedlicher Akteure und thematisch organisierter Arbeitsgruppen aufgebaut, die sich in einem vorgegebenen Rhythmus treffen. Themenübergreifende Workshops führen die Akteure der einzelnen Arbeitsgruppen regelmäßig zusammen. Die entwickelte Organisationsstruktur gestattet, dass eine politisch eindeutig legitimierte und gestützte Prozesssteuerung in Form einer direkt beim Landkreis angesiedelten Geschäftsstelle und eines vom Kreis beauftragten Büros für Prozessmanagement und Moderation garantiert ist, die die Aufgabe des Netzwerkmanagements übernimmt und den kooperativen Prozess der Regionalstrategie steuert.

Mit den Geschäftsbereichsleitern des Landkreises werden verantwortliche Fachpolitiken und Fachakteure in die Lenkungsgruppe eingebunden und an Entscheidungen beteiligt sein. Kommunal- und Landespolitiker werden über die Mitwirkung in den Arbeitsgruppen sowie zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit in den Netzwerkprozess eingebunden. Die im Rahmen der Regionalstrategie Daseinsvorsorge erarbeiteten Handlungskonzepte finden damit auch auf kommunaler Ebene die notwendige Akzeptanz, um in konkrete Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden zu können. Bürgerinnen und Bürger wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen können über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit den Verlauf des Strategieprozesses mit verfolgen. Deren Anliegen und Bedürfnisse werden darüber hinaus punktuell über Multiplikatoren wie bspw. Vereinsvorstände und lokale politische Vertreter in den Prozess einbezogen, insbesondere im Hinblick auf die Qualitative Bedarfsanalyse.

Möglichkeiten der regelmäßigen Rückkoppelung mit der politischen Ebene sind zwingend erforderlich, um die erreichten Ergebnisse letztendlich auch politisch legitimieren zu lassen. Dies ist deutlich einfacher möglich, wenn die Entscheidungsträger frühzeitig eingebunden sind und sie Möglichkeiten zu Rückfragen und zum Mitgestalten haben. Im Rahmen der gewählten Arbeitsstruktur ergeben sich daher immer wieder entsprechende Anlässe und Anknüpfungspunkte.

#### **7.1.1. Geschäftsstelle/ Regionalkoordination**

Es ist vorgesehen, eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung zu schaffen, die für organisatorische Aufgaben und die interne Kommunikation während des Prozesses sowie den Kontakt zum Auftraggeber verantwortlich ist. Um eine enge Verzahnung mit der Kreisentwicklung zu gewährleisten, ist vorgesehen, diese beim Referat Landesplanung, Kreisentwicklung, Dorferneuerung, Denkmalpflege anzusiedeln.

Unterstützt wird die Geschäftsstelle durch ein gemäß gesonderter Beschlussfassung der Kreisgremien extern zu beauftragendes Fachbüro für Prozessmanagement und Moderation,

welchem die Moderation des Prozesses, die inhaltliche Ausgestaltung und Dokumentation von Vernetzungsworkshops und Veranstaltungen sowie die Bündelung und Zusammenführung vorhandener sektoraler Planungen in einem integrativen Gesamtplanungsansatz übertragen und das für das Berichtswesen sowie die Erarbeitung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sein wird.

### **7.1.2. Lenkungsgruppe**

Die politische Entscheidungsebene wird durch den Kreisausschuss gebildet. Der Kreisausschuss übernimmt die Funktion der Lenkungsgruppe, zu der nach Bedarf die Geschäftsbereichsleiter der Kreisverwaltung, die Leiter der Arbeitsgruppen, ein Vertreter der Stiftung „Zukunft in Trier-Saarburg“ sowie weitere Fachleute hinzugezogen werden. Durch diese Verfahrensweise und den politischen Ansatz ist sichergestellt, dass der Kreisausschuss als Entscheidungsgremium des Landkreises den Diskussionsprozess unmittelbar trägt und unnötige Schnittstellen vermieden werden.

Die Lenkungsgruppe trifft sich in ca. halbjährlichen Rhythmus und beteiligt sich zudem an den Vernetzungsworkshops.

### **7.1.3. Externe Begleitung - Beirat**

Um die angestrebte Fachbereichs- und Verwaltungsgrenzen überschreitende Herangehensweise zu unterstützen, werden externe Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft in den Prozess eingebunden. Vorgesehen ist eine ständige Beteiligung der Hochschulen, der Kammern, Unternehmen und Berufsstände sowie der Vertreter des Ehrenamts und der Kirchen. Des Weiteren sollen entsprechend der jeweiligen thematischen Ausrichtung auch Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlands, angrenzender Landkreise sowie der Landesplanung von Luxemburg als weitere externe Begleiter zur Mitwirkung im Beirat eingeladen werden.

### **7.1.4. Forschungsassistenz, Berichtswesen**

Die Bereiche Prozessmanagement und Moderation, der Part Forschungsassistenz und Berichtswesen sowie die Bündelung und Zusammenführung bestehender Konzepte und Untersuchungen zwecks ressortübergreifender Gesamtplanung wird bei erfolgreicher Bewerbung einem zu beauftragenden externen Fachbüro unter dem Vorbehalt einer gesonderten Beschlussfassung durch die Kreisgremien übertragen. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung sind damit eine kontinuierliche Abwicklung und ein zügiger Informationsfluss sichergestellt.

Durch die konkrete Einbindung eines Fachbüros, das in enger Abstimmung mit dem Kreisausschuss als Lenkungsgruppe beauftragt wird, in den Arbeitsprozess können die geforderten Sachstands- und Zwischenberichte sowie der Schlussbericht mit Vorbereitung der

Regionalstrategie ohne Schnittstellenverluste zügig und problemadäquat gemäß den Vorgaben des Auftraggebers durch das Fachbüro erarbeitet werden. Dies gilt ebenso wie für die Materialien für eine zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit während der verschiedenen Bearbeitungsstadien der Regionalstrategie. Über eigene Auswertungen des zu beauftragenden Fachbüros erfolgt die kontinuierliche Rückkoppelung und Evaluation von Zwischenergebnissen.

## **7.2. Externe Gutachten**

Sowohl für die Aufbereitung der Grundlagendaten als auch für die Szenarienberechnung ist beabsichtigt, das in der Kreisverwaltung bestehende Know-how durch externe Unterstützung zu ergänzen. Das Hinzuziehen externer Dienstleister für die Aufbereitung der Grundlagendaten als auch die Szenarienberechnung ist in der Finanzierungsübersicht unter dem Vorbehalt einer gesicherten Gesamtfinanzierung entsprechend budgetiert.

- ▶ Für die Aufbereitung der Grundlagendaten betrifft dies das Erreichbarkeitsmodell. Des-  
sen Erarbeitung soll durch Rückgriff auf das BBSR-Serviceangebot erfolgen.
- ▶ Für die Szenarioberechnungen, die GIS-Aufbereitungen sowie Visualisierung ist eine  
Zusammenarbeit mit einem noch auszuwählenden Fachinstitut für computerunterstützte  
Planungs- und Entwurfsmethoden beabsichtigt.

## **7.3. Datenmanagement**

Die zentrale Datenhaltung wird direkt bei der Landkreisverwaltung angesiedelt, die über eine eigene GIS-/Kartographie-Abteilung verfügt. Damit ist sichergestellt, dass auch langfristig eine geeignete Vernetzung der vorhandenen Daten mit den im Rahmen der Regionalstrategie erarbeiteten Erreichbarkeitsmodellen stattfinden und ggf. Aktualisierungen durchgeführt werden können. Hinsichtlich der Standards erfolgt eine Orientierung an Daten-Standards wie der EU-Direktive INSPIRE.

## 8. Ablauf-, Zeit- und Finanzierungsplan

### 8.1. Balkenplan

Ablauf und Zeitplan der Arbeitsschritte

| Jahr   | 2011 | 2012 |                        |                      |    | 2013                   |                      |                  |                     |
|--|------|------|------------------------|----------------------|----|------------------------|----------------------|------------------|---------------------|
| Quartal  | IV   | I    | II                     | III                  | IV | I                      | II                   | III              | IV                  |
| <b>Arbeitsschritt</b>                              |      |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| <b>1 Analyse der Ausgangslage, Datengrundlagen</b> |      |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Arena-Agenda-Abgleich, Akteursansprache            | x    |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Daten-Zusammenstellung                             | x    | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Abgleich/Anpassung von Datenformaten               |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Aufbau Internetportal                              |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| <b>2 Themen, Ziele, Anforderungen</b>              |      |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Aufbau Arbeitsgruppen                              |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Zieldefinition Arbeitsgruppen                      |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Auswahl einzelner Infrastrukturen/Unterthemen      |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Quantitative und qualitative Anforderungen         |      | x    |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Vergabe von Gutachten und Analysen                 |      | x    | ● 1. Sachstandsbericht |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| <b>3 Szenarien, Anpassungsstrategien</b>           |      |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Erreichbarkeitsmodell, Schwachstellenanalyse       |      | x    | x                      | ● 1. Zwischenbericht |    |                        |                      |                  |                     |
| Alternativstrategien für einzelne Infrastrukturen  |      |      | x                      | x                    |    |                        |                      |                  |                     |
| Szenarientwicklung                                 |      |      |                        | x                    |    |                        |                      |                  |                     |
| Auswertung der Szenarien, Korrekturen / Varianten  |      |      |                        | x                    | x  |                        |                      |                  |                     |
| Kosten-Nutzen-Analysen                             |      |      |                        |                      | x  | ● 2. Sachstandsbericht |                      |                  |                     |
| <b>4 Umsetzungskonzept mit Maßnahmenplan</b>       |      |      |                        |                      |    |                        |                      |                  |                     |
| Auswahl geeigneter Strategien                      |      |      |                        |                      | x  | x                      | ● 2. Zwischenbericht |                  |                     |
| Erarbeitung Gesamtkonzept und Handlungsschritte    |      |      |                        |                      | x  | x                      |                      |                  |                     |
| Erarbeitung Vorlagen für Gremienentscheide         |      |      |                        |                      |    | x                      | x                    | ● Schlussbericht |                     |
| Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung           |      | x    | x                      | x                    | x  | x                      | x                    | x                | ● Regionalstrategie |

## **8.2. *Finanzierungsplan incl. Eigenleistungen***

Siehe nachfolgender Ausgaben- und Finanzierungsplan!

## **Anhang**

In den einzelnen Geschäftsbereichen des Landkreises sind folgende für die Regionalstrategie nutzbare Daten bereits vorhanden:

### Allgemeine Grundlagen

- Bevölkerungsstruktur (Kreis, Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden)
- Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene
- Daten zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose auf Ortsteilebene (aus aktueller Schulentwicklungsplanung)
- Kreisentwicklungskonzept 2006
- Einzelhandelskonzepte  
(VG Konz, VG Ruwer, Stadt Konz, Stadt Hermeskeil, Stadt Schweich)
- LEADER-Konzepte (Erbeskopf, Mosel, Moselfranken)

Fachspezifische Daten der Abteilungen (z.T. auch von Instituten oder Universitäten erhoben)

Jugendamt

- Bereichsorientierte Jugendhilfeplanung von 1996-2009

### Bereich Jugend und Freizeit:

- Jugendhilfeplanung des Landkreises Trier-Saarburg. Planungsbereich Jugend und Freizeit. Dokumentation der jugendhilfeplanerischen Aktivitäten und Ergebnisse. Juni 2000, 2. Auflage in Kooperation mit der AG des JHA „Jugend und Freizeit“.
- Fortschreibung der Jugendhilfeplanung des Landkreises Trier-Saarburg. Planungsbereich Jugend und Freizeit. Datenauswertung und –vergleich für die Verbandsgemeinden anhand ausgewählter Indikatoren. Februar 2006 -Verwaltungsvorlage
- Fortschreibung der Jugendhilfeplanung des Landkreises Trier-Saarburg. Planungsbereich Jugend und Freizeit. Prioritätenliste. Februar 2006 in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft des JHA Jugend und Freizeit.

### Bereich Kindertagesstätten:

- Kindertagesstättenbedarfsplan (jährliche Fortschreibung)

### Bereich Hilfen zur Erziehung:

- Kennzahlenübersicht des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ISM) (jährlich)

### Bereichsübergreifende Jugendhilfeplanung im Jugendamt seit 2010

- Konzept zur Umsetzung einer sozialraumorientierten Jugendhilfe
- Kennzahlenübersicht des ISM (jährlich)

## Sozialamt

Bereich Menschen mit Behinderungen:

- Auswertung von Hilfeplanverfahren
- Befragung zum Wohnbedarf für geistig behinderte Menschen

Bereich Hilfen zur Pflege:

- Bedarfspläne im Bereich Hilfe zur Pflege und ambulante Versorgung
- Pflegestrukturplanung liegt im Entwurf vor (mit einer Erhebung zur Grundversorgung)

Gesundheitsamt

- Telefonische Befragung von 970 zufällig ausgewählten Rheinland-Pfälzern zur medizinischen Versorgung in der Region durch die Uni Trier
- Erstellung einer Strukturplanung für eine zukünftige bedarfsgerechte Versorgung für den LK Trier-Saarburg und die Stadt Trier; zurzeit in Bearbeitung
- Befragung der Uni Mainz zur Niederlassungsbereitschaft von Medizinstudenten im ländlichen Raum
- Kleinräumige Mortalitätsstatistik
- Flächendeckende epidemiologische Daten zur Kindergesundheit
- Flächendeckende Daten zu meldepflichtigen Infektionskrankheiten

Schüler- und Kindergartenkinderbeförderung/ÖPNV

- Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum Trier 1998
- Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans des Landkreises Trier-Saarburg 2006
- Überregionaler Nahverkehrsplan des Verkehrsverbunds Region Trier
- Daten über die bestellten Fahrkarten für Schüler und Kindergartenkinder zu den jeweiligen Schul- und Kindergartenstandorten im LK Trier-Saarburg

Rettungsdienst

- Vorschriften des RettDG sowie der Landesrettungsdienstplan
- Standorte der Rettungswachen und die Notarztstandorte

Schulen, Kultur

- Schulentwicklungsplanung mit Bevölkerungsmodell
- Strukturdaten aus den Bereichen Kreisvolkshochschule, Kreismusikschule

54290 Trier, den 12.09.2011

**Kreisverwaltung Trier-Saarburg**

Günther Schartz

Landrat